

LEAP

THE NEXT STEP FOR EUROPE

DIE NEUE SCHUMAN DEKLARATION

von jungen Europäer*innen



A EUROPE FOR CITIZENS FUNDED PROGRAM

Funding stream: European remembrance
– The EU as a peace project



L'Europe pour
les citoyens

Seit der Gründung der Europäischen Union herrscht auf dem europäischen Territorium Frieden. Dies ist jedoch nicht mehr der Fall, da der Krieg zwischen der Ukraine und Russland ausgebrochen ist und die Ukraine eine russische Invasion erlitten hat. Wir haben gelernt, dass es möglich ist, Alternativen und Lösungen für Probleme zu finden, ohne Kriege und Gewalt zu erleiden.

Auch wenn es kompliziert ist, können Lösungen für alle gefunden werden, um ein friedliches Leben führen zu können. Dies erfordert die weitere Stärkung und Vereinheitlichung der europäischen Union in mehreren Bereichen. Dies veranlasst uns auch, über einige andere Punkte nachzudenken, die zu der globalen Vision dessen, wie die Union aussehen könnte, beitragen können.

Wir haben daher beschlossen, eine neue Schuman-Erklärung zu verfassen, um über diese Verbesserungspunkte nachzudenken. Es ist dieses Thema, über das wir, die LEAP-Projektteilnehmer, die sich aus Bürgern verschiedener Nationalitäten, Portugiesen, Rumänen, Deutschen und Franzosen, zusammensetzen, nachgedacht haben. Wir haben eine neue Schuman-Erklärung verfasst, die drei Hauptbereiche enthält, die für uns als junge europäische Bürgerinnen und Bürger wichtig sind **Bildung, Solidarität und politische Teilhabe**.

Die **Bildungsgrundlagen** müssen von Grund auf verändert werden, die Denk- und Handlungsweisen der neuen Generation entwickeln sich weiter, wenn sich ihre Umwelt und die Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, verändern. Daher müssen sich auch die Bildungsansätze weiterentwickeln, und dies ist der erste Bereich, den wir in dieser Erklärung ansprechen möchten. Junge Europäerinnen und Europäer sind die Zukunft, daher sollte sich jedes Land als Teil einer Union für mehr Bildungschancen einsetzen. Dazu gehört auch die Anerkennung des Wertes von Lehrkräften, Ausbildern und Auszubildende.

Die digitale Welt wächst und entwickelt sich weiter, was sich auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Alle EU-Bürger sollten kostenlose digitale Bildung erhalten. Dies bringt uns zum Thema informelle Bildung, non-formale Bildung und das Recht auf Zugang zu Bildung und Ausbildung in allen Formen des gesamten Lebens, sei es in jungen Jahren, im mittleren Alter oder als Senior.

Auch die berufliche Bildung sollte weiter ausgebaut werden, insbesondere in Bereichen, die auf europäischer Ebene Priorität haben, wie z. B. die Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Green Deal

Europa war auf wirtschaftlicher Ebene immer an vorderster Front, und wir müssen weiterhin garantieren, dass wir dies tun, ohne unsere Sozial- und Menschenrechte zu gefährden. Da die Technologie zu einem Teil des täglichen Lebens geworden ist, wird es umso wichtiger, nicht zu vergessen, dass einige Gefahren von ihr ausgehen können, wenn sie nicht verantwortungsvoll eingesetzt wird.

Fake News, Fehlinformationen und Desinformationen sind in der Tat eine Gefahrenquelle, die die Bürger erkennen und bekämpfen sollten.

Schließlich sind wir der Meinung, dass politische Bildung von entscheidender Bedeutung ist und in allen EU-Ländern umgesetzt und gestärkt werden sollte, damit sich junge Bürgerinnen und Bürger bereit fühlen, in das Erwachsenenalter einzutreten, und zwar nicht nur in Bezug auf Werte, sondern auch in Bezug auf tatsächliche Fähigkeiten und Kompetenzen, die im täglichen Leben angewendet werden, wie z.B. "Wie man Steuern macht", "wie man ein Haus mietet oder kauft" und so weiter

Als junge europäische Bürgerinnen und Bürger wollen wir Teil einer Union sein, in der kein Unterschied gemacht wird, wenn ein Akt der Solidarität erforderlich ist. **Solidarität** ist wichtig und sollte auf alle Aspekte des Lebens angewendet werden und stärker sein als Rentabilität. Ob ein Land Hilfe braucht, ob es geografisch nah oder fern ist, ob es ein wirtschaftlicher Partner oder ein politischer Verbündeter ist, wir glauben, dass die Union ihren Menschen in Not helfen sollte. Kein Land und seine Bürger sollten in Not zurückgelassen werden.

Solidarität gilt der Umweltkrise und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Der Kampf sollte nicht in der Verantwortung einiger liegen. Wir müssen als Individuen sowie auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene in diesem Kampf vereint sein. Es ist die größten Herausforderung, vor der die Menschheit derzeit steht. Gegenseitige Unterstützung im gemeinsamen Interesse, in einer friedlichen und blühenden Welt zu leben, sollte unser Ziel sein.

Der letzte Bereich, auf den wir uns konzentriert haben, ist die **politische Partizipation**. Gerade für junge Bürgerinnen und Bürger ist es heute wichtig, nicht nur zu wählen, sondern auch andere Formen der politischen Partizipation zu praktizieren, wie z.B. die Teilnahme an Online-Petitionen und das Debattieren in sozialen Medien. Die volle Verbreitung davon war während des Krieges in der Ukraine zu beobachten, wo wir, unabhängig davon, ob es sich um eine Wahlzeit handelte, eine große politische Verschiebung in den Prioritäten der Menschen sahen.

Die Unterstützung für die Hilfe für ukrainische Flüchtlinge und Zivilisten und in geringerem Maße die Unterstützung für die ukrainischen Streitkräfte wurde auf Social-Media-Plattformen gezeigt und nicht durch einen Gesetzentwurf, eine Abstimmung oder eine offizielle Petition. Dies zeigte, wie wichtig diese Instrumente für die Bürger sind, um ihre Gedanken zum Ausdruck zu bringen und aktive Bürgerschaft und politische Partizipation zu praktizieren.

Zu den Formen der aktiven Bürgerschaft und politischen Partizipation gehören unter anderem

- Jugendforen, Jugendräte, Debatten mit hoher Frequenz und offen für alle, die sich beteiligen wollen, unabhängig von politischer Partizipation, Parteizugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einer Zivilgesellschaft als beratende Organe, deren Exekutivgewalt zu öffentlichen Abstimmungen führen sollte.
- Referenden, bevor eine wichtige Entscheidung getroffen wird, was bedeutet, dass, wenn eine politische Entscheidung einen besonderen Einfluss auf eine bestimmte Gruppe von Menschen hat, diese die Möglichkeit haben sollten, leicht auszudrücken, wie sie darüber denken, wobei diese Meinung Einfluss haben soll.
- Feedback-Systeme, einschließlich Online-Formulare, damit die Bürger ihre Meinung zu den Entscheidungen, die sie betreffen, zum Ausdruck bringen können. Diese sollten mehr Möglichkeiten zur Meinungsäußerung bieten als eine Ja/Nein-Stimme oder die Auswahl zwischen zwei Kandidaten.

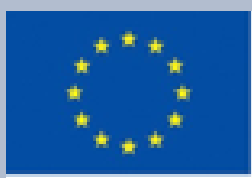
Damit diese und alle Formen der politischen Partizipation in angemessener Weise funktionieren, müssen wir die politische Bildung verbessern und es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen und kritisch darüber nachzudenken, und zwar durch folgende Maßnahmen:

- Erweiterung von Europe Direct, damit es ein Instrument zur Verbesserung der politischen Bildung vor allem mit jungen Menschen gibt, denn die Jungen sind die Zukunft Europas.
- Ermöglichung der Ausbildung von Jugendlichen, um als Informationsbotschafter in ihren lokalen Gemeinschaften zu fungieren. Sie sollen in Zusammenarbeit mit Jugendinformations- und -beratungseinrichtungen und -organisationen, nationalen Jugendinstituten und allen, die daran beteiligt sind, qualitativ hochwertige Informationen für Jugendliche bereitzustellen können.
- Einbeziehung der politischen Kompetenz in die Lehrpläne der Schulen bei gleichzeitiger Erleichterung des Verständnisses der legislativen und exekutiven Verfahren durch klare und jugendfreundliche "Übersetzungen" der Entscheidungsfindung mit Beispielen, die es allen ermöglichen, unabhängig von ihrem Alter und ihrem akademischen Hintergrund, die sie betreffenden Entscheidungen zu verstehen, ohne dass sie mit dem politischen Slang, den Abkürzungen und komplizierter Sprache vertraut sein müssen. Dies würde den Zugang zu Informationen erleichtern und alle Bürger in die Lage versetzen, kritisch über wichtige Themen nachzudenken

- Einbeziehung von mehr Vertretern der Jugend auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, durch Aufnahme von Jugendlichen in die Listen für die Wahlen, für alle Ebenen, durch Herabsetzung des erforderlichen Alters und Abbau der Vorurteile gegenüber Entscheidungsträgern jüngeren Alters; es ist beschämend, dass es in einem großen Teil der europäischen Länder und in ihren Institutionen Jugendliche (bis zu 30 Jahren) selten vertreten sind; damit ist diese Altersgruppen der Wähler*innen oder ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht vertreten..
- Erleichterung der Schaffung von Partnerschaften mit relevanten Interessengruppen, wie z. B. dem Europarat, und kontinuierliche Durchführung von Kampagnen (wie der Democracy Here Now), um mit der Jugend zusammenzuarbeiten und die Demokratie wieder zu beleben. Die Demokratie ist in Gefahr, insbesondere angesichts des Anstiegs des politischen Extremismus und der Verbreitung populistischer und nationalistischer Agenden.
- Anerkennung der Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen, gemeinnützigen Organisationen, Bürgerbewegungen, Studentenvereinigungen, Instituten, Stiftungen, Aktivisten und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die bei der Umsetzung der europäischen Politik eine Schlüsselrolle spielen können, und die Bereitschaft diese zu konsultieren, um mit deren Fachwissen bessere Entscheidungen treffen zu können.

Demokratie und Frieden sind nicht selbstverständlich, das hat Robert Schuman vor 70 Jahren erkannt. Wenn wir als europäische Bürger nicht so leiden wollen wie frühere Generationen und Kriege in Europa vermeiden wollen, wie es auch Schuman anstrebte, dann müssen wir die aktive Bürgerschaft, die Bildung und die Solidarität wertschätzen. Konkretes Handeln war das, was Robert Schuman in seiner Erklärung anstrebte, und wir folgen dieser Denkweise, weil wir glauben, dass die Bürger jedes verfügbare Instrument nutzen und sogar neue schaffen sollten, um sicherzustellen, dass unsere Regierungen, Exekutiven und Gesetzgeber so repräsentativ und rechenschaftspflichtig wie möglich sind.

Die jungen europäischen Teilnehmenden am LEAP Project



L'Europe pour
les citoyens

